

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss forestry journal = Journal forestier suisse
Herausgeber: Schweizerischer Forstverein
Band: 158 (2007)
Heft: 1-2

Artikel: 16 Jahre waldpolitische relevante Prozesse im Buwal/Bafu
Autor: Schärer, Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1097913>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

16 Jahre waldpolitisch relevante Prozesse im Buwal / Bafu¹

WERNER SCHÄRER

Keywords: Forest policy; forest administration; processes; Switzerland. FDK 68 : 903 : 93 : (494)

1. Einleitung

16 Jahre in einigen Seiten Revue passieren zu lassen, kann nur gelingen, wenn ich eine strikte Auswahl treffe, die eigentlichen Prozesse nur kurz umschreibe und das Hauptaugenmerk auf eine persönliche Beurteilung lege. Von besonderem Interesse dürfte es zudem sein, wenn ich meiner «Bilanz» Anregungen für die Zukunft anfüge. Mit einigen Schlussgedanken zu Wald und Mensch stelle ich abschliessend die Verbindung zwischen meiner heutigen und der zukünftigen Tätigkeit her.

2. Waldpolitisch relevante Prozesse

2.1 Die Prozesse im Überblick

In den 16 Jahren meiner Tätigkeit beim Bund habe ich in mindestens ebenso vielen wichtigen Prozessen mitwirken dürfen. Ich habe 1990 vom Kanton Zürich kommend in der Überzeugung zum Bund gewechselt, hier auf gesamtschweizerischer Ebene mehr für den Wald erreichen zu können, als mit der Tätigkeit in einem Kanton. Dabei hat mich das Funktionieren des Bundes, auf welchen man vom Kanton aus immer kritisch, zum Teil besserwisserisch und manchmal, aber eher selten auch zufrieden blickte, schon immer fasziniert. Was ich nicht erwartete, war eine derart dynamische Entwicklung, bei welcher immer mehr Prozesse unsere Ar-

beit diktierten, sich diese Prozesse überlagerten, die Ziele sich zum Teil widersprachen und eine Reorganisation die nächste ablöste. Die wichtigsten fachlichen Prozesse sind in *Abbildung 1* zusammengestellt.

Die ersten Jahre meiner Tätigkeit waren durch das Waldsterben aus den 1980er Jahren überschattet. Die Schatten, die das Waldsterben warf, waren noch überall präsent, färbten quasi das Waldgesetz von 1991 und waren nicht nur den Förstern ständig im Kopf. Zwar verwendete man dann offiziell schon bald nicht mehr den Begriff Waldsterben, neuartige Waldschäden hiess es. Jedoch verging kaum ein Tag bzw. kein privater Anlass, an dem ich nicht gefragt wurde: «Und wie geht es dem Wald nun wirklich? Stirbt er immer noch und wo am schnellsten?» Die Prozesse lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen:

- Durch die Natur ausgelöste Prozesse: Dazu gehören das durch das Waldsterben ausgelöste grosse Programm Sanasilva, das die Forstdirektion zusammen mit der Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) durchführte, die Stürme Vivian und Lothar sowie der Lawinenwinter 1998/99.
- Durch das Umfeld ausgelöste Prozesse: Diese sind das New Public Management bzw. die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NPM / NFA), das Entlastungsprogramm 2003 (EP 03) und die Volksinitiative von Franz Weber «Rettet den Schweizer Wald».

SCHÄRER, W.: 16 Jahre waldpolitisch relevante Prozesse im Buwal / Bafu

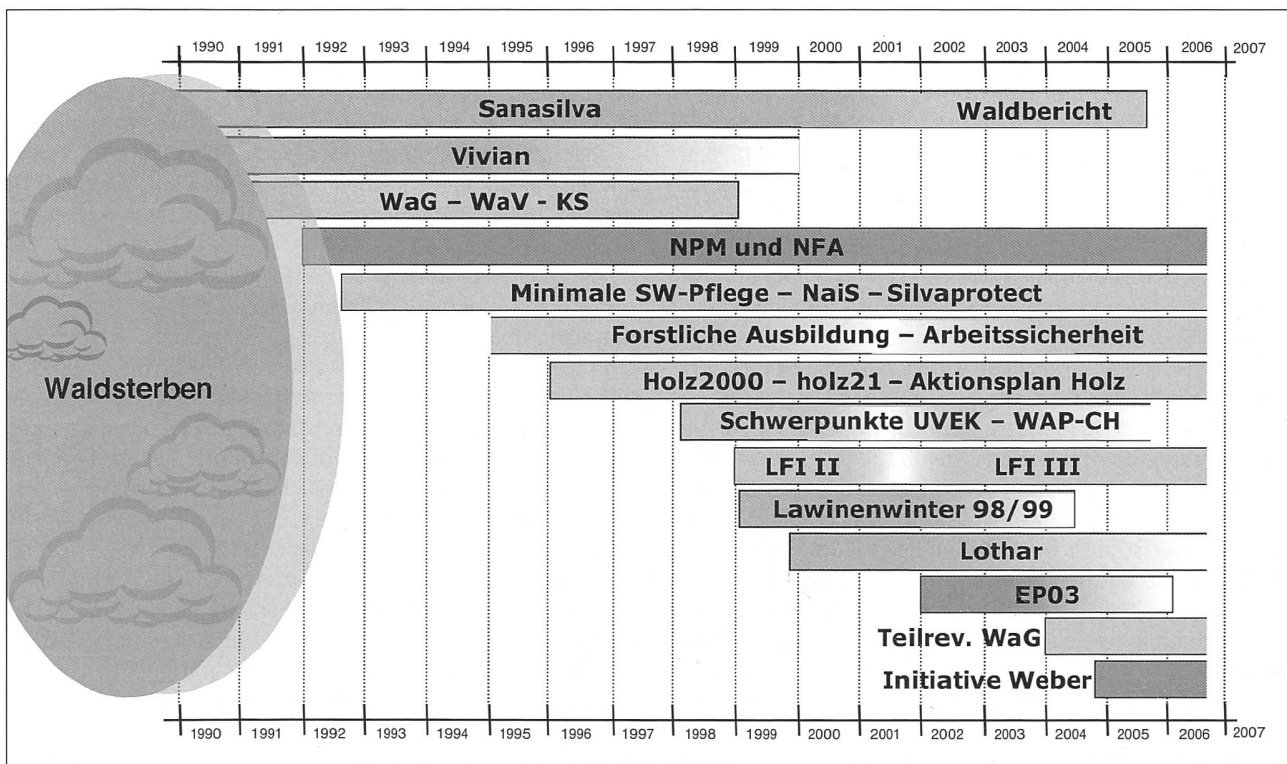


Abbildung 1: Waldpolitisch relevante Prozesse.

¹ Überarbeitete Fassung des Referats, das am 13. November 2006 anlässlich des Abschieds vom Bundesamt für Umwelt, Bafu, an der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft (SHL) in Zollikofen gehalten wurde.

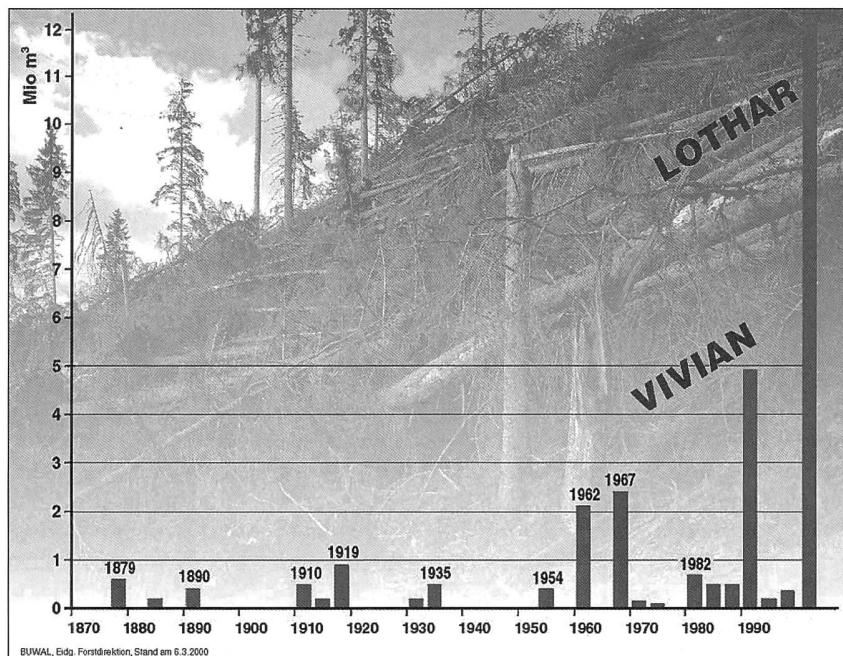


Abbildung 2: Waldschäden der Schweiz, Sturm und Schneedruck.

c) Selbst initiierte Prozesse: Darunter fasse ich alle übrigen zusammen, nämlich den WaG-, WaV- und Kreisschreiben-Prozess, den Prozess Minimale Schutzwaldpflege, NaiS, Silvaprotect, dann von der forstlichen Ausbildung zur Arbeitssicherheit, die «Kette» Holz2000, holz21, Aktionsprogramm Holz und weiter von den Schwerpunkten Uvek zum Waldprogramm, die Teilrevision WaG sowie die Monitoringprozesse mit insbesondere dem LFI 2 und 3.

Nicht in der *Abbildung 1* sind die internationalen Waldprozesse und die Reorganisationen enthalten; hier würden die Balken über die gesamte Zeitspanne gehen (vgl. dazu Kapitel 2.5).

2.2 Durch die Natur ausgelöste Prozesse

Ausgangspunkt sind die Ausläufer der «Waldsterbewolken». Jahrelang hat die WSL in unserem Auftrag den Gesundheitszustand des Waldes erfasst. Dann kam Ende Februar 1990 der Sturm Vivian. Vivian war bis dahin der grösste Sturm in der Schweizer Geschichte; er warf soviel Holz, wie normalerweise in einem ganzen Jahr geerntet wird. Sicher auch noch unter dem Eindruck des Phänomens Waldsterben war das Parlament sehr grosszügig und sprach Sonderkredite im Umfang von rund 430 Mio. Franken.

Für die Waldwirtschaft war Vivian zwar ein Schock, aber trotzdem eine gute Zeit, weil viel Geld gesprochen wurde und der seit Ende der 1980er Jahre zunehmende Trend zur Verschlechterung der Ertragslage der Wäldbesitzer gebremst wurde. Meine heutige Beurteilung lautet: Das Ereignis hätte auch mit weniger Bundesbeiträgen bewältigt werden können; volkswirtschaftliche Überlegungen zum Liegenlassen von Sturmholz wurden noch zu wenig gemacht.

Im Sommer 1999 wollte die Eidgenössische Forstdirektion Vivian definitiv abschliessen und lud die Kantone ein, über den Entwurf einer Forschungsarbeit aus Vivian zu diskutieren, nämlich einer Entscheidungshilfe zum Liegenlassen oder Aufräumen von Sturmholz. Sie sollte helfen, bei künftigen «Vivians» die heftig geführte Kontroverse zwischen Ökonomie und Ökologie zu vermeiden. Vivian war aber zu diesem Zeitpunkt offenbar bereits vergessen und andere Sorgen über Rendite und Strukturen der Forstwirtschaft überwogen. Jedenfalls beteiligten sich an dieser Tagung nur sehr wenige Kantone, und ich erinnere mich noch gut an einzelne Voten, die lauteten:

wofür eine solche Tagung, der nächste grosse Sturm komme doch frühestens in 30 bis 50 Jahren und man habe Gescheiteres zu tun. Die Entscheidungshilfe gab dann an der Tagung kaum zu Bemerkungen Anlass, und wir gaben sie etwas ernüchert ob dieser Reaktionen in die administrative Schlaufe, damit sie im Frühjahr 2000 gedruckt vorliegen konnte. Nun, wir wurden von der Realität eingeholt: Wenige Monate später wurde die Entscheidungshilfe zum meistgefragten Dokument, und aus der Praxis wurden Stimmen laut, weshalb diese Entscheidungshilfe noch nicht da sei.

Der Grund für den Aufruhr in der Praxis ist bekannt, es war Lothar. Lothar übertraf die schlimmsten Erwartungen und alles bisher Dagewesene und stellte selbst Vivian in den Schatten (vgl. *Abbildung 2*).

Nun, die erwähnte Entscheidungshilfe kam heraus und half entscheidend mit, dass die in den Medien bei Vivian noch stark geschürte Kontroverse zwischen Ökologie und Ökonomie viel weniger geführt wurde; und das, obwohl Medienleute immer wieder versuchten, diesen potenziellen Konflikt hochzuspielen und mich zu entsprechendem Aussagen zu verleiten. Auf die finanzielle Bewältigung von Lothar komme ich später noch zu sprechen.

Am meisten lernte ich in dieser Zeit durch den Umgang mit den Medien –, es war ein Sprung ins kalte Wasser. Zusammen mit dem Infodienst Buwal lernte ich Folgendes rasch: Bei Krisen müssen die Medien regelmässig und in kurzen Abständen informiert werden. Dazwischen muss man sich aber völlig abschirmen, damit man arbeiten kann. Medien wollen zu jedem Thema oder jeder Geschichte einen «Kopf», die Personifizierung eines Ereignisses. So war ich auch Jahre später immer noch als «Mister Lothar» gefragt.

Staatspolitischen Anschauungsunterricht hatte ich in der Urek, der Kommission, die die Sonderbeschlüsse zu Lothar beraten musste. Um den ökologischen Bedürfnissen nach Liegenlassen von Sturmholz mehr Gewicht zu verleihen, hatten Mario Broggi, der damalige Direktor der WSL und ich in einem Gespräch die Idee, sogenannte Lotharreservate mit finanzieller Unterstützung zu fördern; natürlich nur unter klar definierten Bedingungen. In der Kommission ging nun ein Hickhack zwischen links und rechts los, die eine Seite wollte keine solchen Reservate und warf mir Trittbrett fahren vor; Waldreservate hätten nichts mit einem Sturm zu tun. Die andere Seite fand diese Idee hervorragend, beurteilte aber die Finanzierung der Wert erhaltenden Nasslagerung von Sturmholz als

nicht gerechtfertigt, da damit kein Beitrag an den Preiszerfall geleistet werden könnte. Das beste Beispiel dafür sei der Zerfall des Rindfleischpreises während und nach der BSE-Krise. Auch mit dem Einfrieren grosser Mengen von Rindfleisch habe der Preis nicht stabilisiert werden können. Nun, die Diskussionen gingen stundenlang hin und her, bis plötzlich ein Parlamentarier sagte, «wir lassen euch die Waldreservate, wenn ihr uns die Nasslagerung von Sturmholz belässt.» Damit war der Deal perfekt, er überstand auch das Plenum der Räte. Zum Erfolg trug sicher unser Bemühen um objektive und seriöse Fachinformation bei. Immer wieder musste ich aus Fachsicht alle möglichen Fragen beantworten – auch solche, die allgemein den Wald betrafen und nichts mit Lothar zu tun hatten – und einzelne Parlamentarier versuchten daraus Widersprüche zu konstruieren.

Unsere Bemühungen, gute Sonderbeschlüsse zur Lotharbewältigung zu erhalten, dauerten drei Sessionen, waren aber letztlich erfolgreich.

Die Sturmkatastrophen zeigten ein weniger gutes Bild der Waldpolitik: In der Schweiz hat es zu viele gleichförmige und alte Waldbestände, hier müsste mit präventiver Pflege noch einiges getan werden. Auch der Strategiestreit zwischen den Kantonen Bern und Luzern, der sogenannte Borkenkäferkrieg, zeigte Mängel auf wissenschaftlicher und politischer Ebene. Forschungsarbeiten von insgesamt rund 3000 Seiten Umfang für fast 10 Mio. Franken trugen bis 2003 eine Unmenge von Erklärungen, Resultaten und Empfehlungen zusammen. Als Beispiel der regen publizistischen Tätigkeit möchte ich die Ereignisanalyse zu Lothar erwähnen (wieder eine Koproduktion mit der WSL). Solche Ereignisanalysen sind etwas ganz Wichtiges, noch wichtiger aber ist es, die Empfehlungen daraus auch umzusetzen bzw. falls nötig, in einem echten politischen Prozess einer Entscheidung zuzuführen. Bund, Kantone und Waldeigentümer haben die gewonnenen Erkenntnisse bis jetzt noch zu wenig umgesetzt bzw. umsetzen können.

Eigentlicher Abschluss – und logische Konsequenz – der ganzen Diskussion zum Waldzustand und den Natureinflüssen bildete der Waldbericht 2005. Erstmals wird darin der Waldzustand in einer Gesamtschau dargestellt. Für mich ist er das Muster für zukünftige Waldberichte, die alle fünf Jahre erscheinen müssen. Betonen möchte ich: Dieser Waldbericht darf nicht in einen Umweltbericht integriert werden; denn über 30% unseres Landes sind mit Wald bestockt, das und viele anderen Gründe rechtfertigen eine separate Gesamtschau Wald.

2.3 Durch das Umfeld ausgelöste Prozesse

a) NPM und NFA

Dazu gehört vorerst ein grundsätzlich für den Wald positiver Prozess: In den 1990er Jahren kam das New Public Management (NPM) in den Verwaltungen auf. NPM führte zu einer Aufbruchstimmung und wurde gelegentlich als Allheilmittel gegen zu viel Bürokratie und Bürgerfeindlichkeit gepriesen. Von Bedeutung wurde dann schon bald der Neue Finanzausgleich bzw. wie er heute heisst die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) und der Aufgabenteilung Bund Kantone.

NFA wurde zwar im Umfeld ausgelöst, die Forstdirektion übernahm aber schon sehr früh die Eigeninitiative zur Erprobung der Umsetzbarkeit im Waldbereich. So erprobten wir das neue Instrument mit sieben Kantonen, trotz Bedenken der Juristen und der Finanzverwaltung – wir hatten ja noch keine rechtliche Basis. Ein grosser Moment war beispielsweise die Vertragsunterzeichnung mit den vier für den Wald und die Jagd zuständigen Regierungsrätinnen und -räten der Kantone St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden im Mai 2000.

Dieser Prozess führte zu einem Paradigmenwechsel in der Waldwirtschaft: Unsere Pilotprogrammvereinbarungen wurden zum Vorbild für die gesamte NFA, und wir waren in den Spezialkommissionen des Parlamentes zur NFA gefragte Referenten. Massgebend für den Erfolg des ganzen Prozesses war unsere breite Informationstätigkeit. Wir kreierten einen Newsletter, der im Mai 1997 zum Glück noch ohne das gegenwärtig erforderliche umfangreiche Bewilligungs- und Kontrollverfahren zum ersten Mal erschien. Acht Jahre später publizierten wir dann im Dezember 2005 den 29. und letzten Newsletter.

Die NFA ist aus forstlicher Sicht eine Erfolgsgeschichte. Auch heute noch sind wir im Vergleich mit anderen Branchen – nicht zuletzt dank der verschiedenen Pilotprogramme und unserer transparenten und aktiven Informationspolitik – an der Spitze des Prozesses und für die Inkraftsetzung per 1. Januar 2008 optimal vorbereitet.

b) Entlastungsprogramm des Bundes 2003

Von allen exogenen Prozessen belasteten das EP 03 und die folgenden Sparvorhaben den Waldsektor am stärksten und nachhaltigsten. Ich werde aber zuerst kurz auf die «Geschichte» der Subventionen zurückblicken. Die *Abbildungen 3* und *4* geben einen Überblick über die ausbezahlten Subventionen seit 1989 und die Sondereffekte infolge der Naturereignisse und der Sparmassnahmen. Daraus ist ersichtlich, wie schwierig die Finanzplanung für die Waldverantwortlichen im Bund bei derart grossen Schwankungen ist, wenn dazu noch berücksichtigt werden muss, dass Naturereignisse die verschiedenen Kantone ganz unterschiedlich treffen und für die Sonderkredite immer auch ein beachtlicher Teil aus den ordentlichen Mitteln abgezweigt werden muss.

Ab dem Jahr 2004 überlagerten sich drei Dinge: Das Parlament musste sparen und tat dies auch beim Wald, dann liefen die Lothar-Sonderkredite aus und das EP 03 verlangte nochmals weit überdurchschnittliche Einsparungen beim Wald. Weil wir die Konsequenzen daraus vorhersahen und Modellrechnungen zu den laufenden Projekten und finanziellen Verpflichtungen insbesondere auch der immer noch andauernden Lothar-Wiederherstellungsprojekte anstellten, mussten wir bei den Kantonen einen Einreichungsstopp für neue Projekte erlassen. Dieses Projekt-Moratorium führte zu viel Aufruhr. Ich konnte das zwar gut verstehen, wir hatten aber gar keine andere Wahl, als die Parlamentsbeschlüsse zu vollziehen. Die Lehre daraus lautet: Vielleicht hätten wir die Kantone in dieser Situation noch intensiver, direkter informieren müssen.

Weshalb es so weit gekommen ist und der Wald mit dem EP 03 im Vergleich zu anderen Disziplinen weit überdurchschnittlich sparen musste, ist schwierig zu erklären. Sicher gibt es dafür nicht einen einzigen Grund, sondern viele verschiedene Ursachen, die in unterschiedlichem Mass zu diesem Resultat beitrugen. Zum Beispiel ist es für mich eine Spätfolge einzelner ungerechtfertigter Kritiken im Umgang mit den finanziellen Krediten nach Lothar, aber auch das Verhalten der Waldwirtschaft bzw. die Art der Kommunikation wie etwa bei den acht Thesen des WVS in der Presse.

Für die Zukunft heisst die Forderung: Kontinuität der Mittel. Für Sonderereignisse braucht es gesicherte Sonderfinanzierungen, die nur im Ausnahmefall aus ordentlichen Mitteln mitfinanziert werden dürfen. Eine Lösung wäre ein Katastrophenfonds, der im Bedarfsfall rasch zur Verfügung steht.

Gesamthaft lässt sich urteilen: EP 03 hat mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Alle Betroffenen hätten auf verträgliche Art Einsparungen machen können, aber nicht in der beschlossenen Höhe. Leidtragende sind die im öffentlichen Interesse stehenden Waldfunktionen, aber auch die Mitarbeitenden in den Verwaltungen und Betrieben.

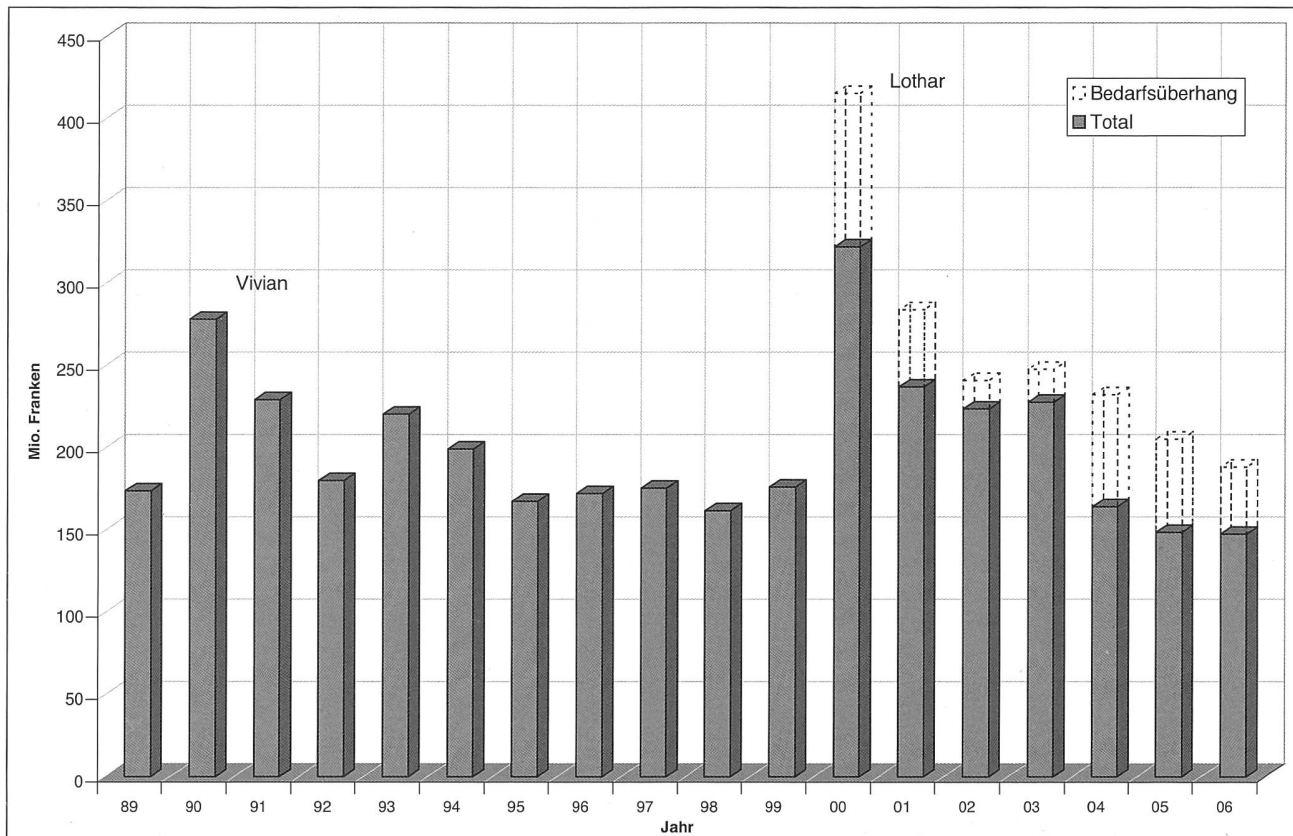


Abbildung 3: Ausbezahlte Bundesbeiträge 1989 bis 2006.

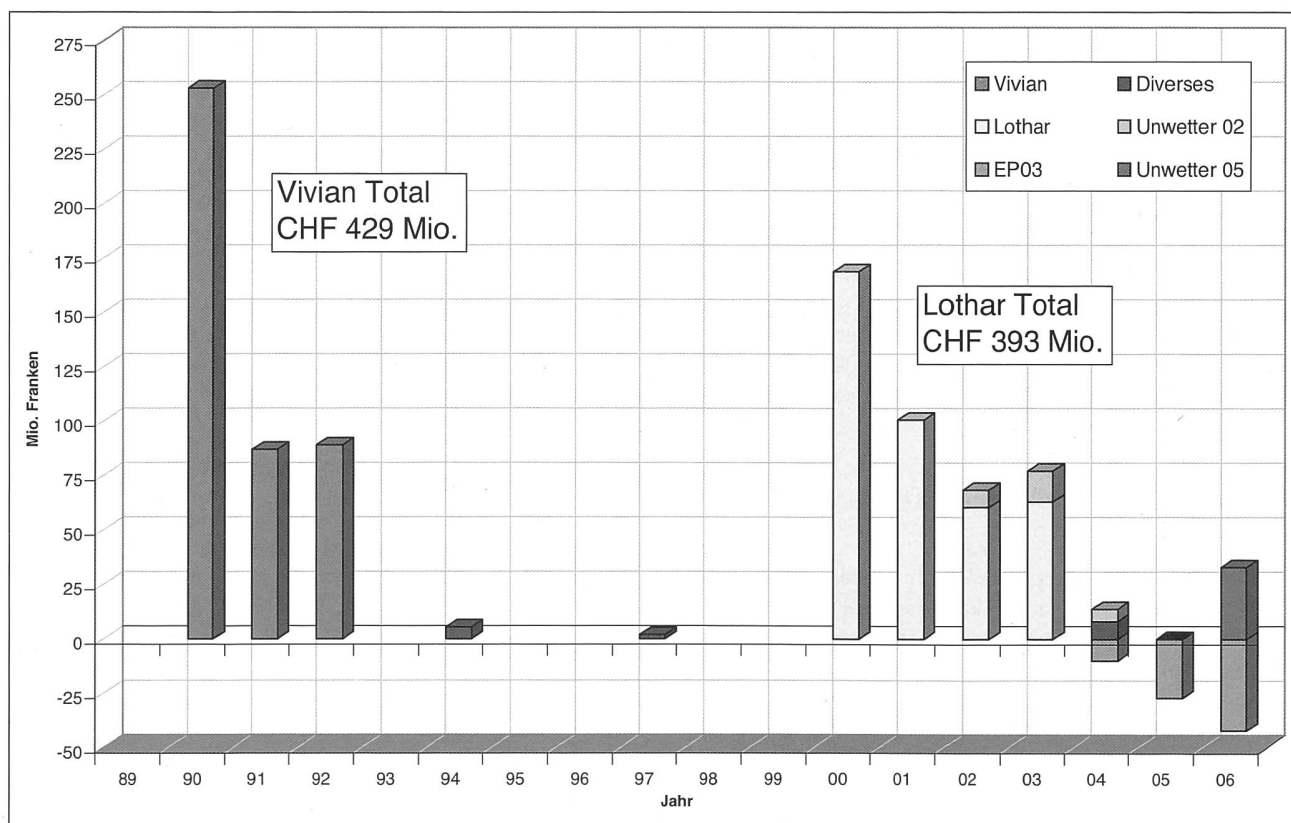


Abbildung 4: Sondereffekte (Nachtragskredite, Sparprogramme) 1989 bis 2006.

c) «Rettet den Schweizer Wald»

Ebenfalls von aussen kam der jüngste Prozess, nämlich die Volksinitiative «Rettet den Schweizer Wald». Eingereicht am 14. Oktober 2005, war sie das Resultat gewisser Neuerungen im Waldprogramm Schweiz (Stichworte sind Kahlschlag und Vorrangfunktion) und der übermässigen Subventionskür-

zungen im EP 03. Die Initiative will sowohl die Waldfläche als auch die ökologische Qualität der Wälder stärker schützen. Die Initiative bzw. die Reaktionen darauf zeigen einen doppelten «Röstigraben» in der Branche: Den klassischen zwischen Deutsch- und Westschweiz und den Graben innerhalb des Forstdienstes. Dies ist für die Branche eine gefährliche

Situation, ich werde darauf und auf die Schlüsse daraus zurückkommen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Beurteilung der Initiative, wie sie durch die Studierenden an der SHL im Fach Waldpolitik kürzlich erfolgte: Den Graben gab es nicht, als Resultat der Diskussionen wurde der Initiativtext einheitlich als ökologische Verzerrung des Bundesverfassungsartikels beurteilt.

2.4 Selbst initiierte Prozesse

Selbst initiierte Prozesse sind diejenigen, die wir in Erfüllung unserer gesetzlichen und politischen Aufgaben als Bundesamt selbst einleiten und durchführen. Dazu gehören einmal strategische Prozesse, die auf neue Entwicklungen im Umfeld des Waldes reagieren, wie das WAP-CH mit der anschliessenden Gesetzesanpassung, zweitens die Erarbeitung gesamtschweizerischer Vollzugshilfen etwa im Naturgefahrenbereich, drittens eigene Bundesprogramme beispielsweise im Holzbereich und der forstlichen Ausbildung sowie viertens das Monitoring.

2.4.1 Strategien und Gesetzgebung

Anfangs der 1990er Jahre stand die Ablösung des Forstpolizeigesetzes durch das Waldgesetz an. Ein wichtiger Umsetzungsschritt nach der Verordnung waren die Kreisschreiben. 24 Kreisschreiben lösten forstliche Projektvorschriften und eine Unmenge an Zirkularen, Schreiben usw. an die Kantone ab. Ich erinnere mich noch gut daran: Als ich beim Bund begann, hatte kaum ein Mitarbeiter den Überblick, was von den vielen Schreiben und Weisungen an die Kantone eigentlich noch gültig war und was nicht. Wir entwickelten das Konzept Kreisschreiben mit festen Nummern analog der Lose-Blattsammlung in der Bundesgesetzgebung. Die Kreisschreiben lösten ganz unterschiedliche Reaktionen aus. Die Fachleute in der Praxis beurteilten sie als gutes Arbeitsinstrument, die Regelungsdichte war für sie an der unteren Grenze. Sie wollten, dass der Bund für alle möglichen in der Praxis auftretenden Fragen eine Regelung vorsehe. Aber für mehrere Kantonsförster und Politiker regelten sie viel zu viel. Was blieb uns da anderes übrig, als den Spagat zu machen?

Bald schon arbeiteten wir parallel zum neuen Gesetzesvollzug zuerst an der NFA, die in der Zukunft einmal auch eine Überarbeitung und Vereinfachung aller KS nötig machen wird. Dann realisierten wir, dass uns für eine Umsetzung der NFA-Philosophie zur Beantwortung verschiedener Fragen eine eigentliche Waldstrategie fehlte. Zuerst versuchten wir diese möglichst einfach zu erstellen, nämlich über die Erarbeitung von Schwerpunkten, die vom Uvek «abgesegnet» werden sollten. Für das Departement war das eine kleine Sache, die rasch erledigt werden sollte. Als wir jedoch die Kantone baten, ihre Meinung dazu zu sagen, wurde das Vorhaben immer komplexer, und als dann noch Lothar kam, mussten wir aus Kapazitätsgründen das Vorhaben einige Monate auf Eis legen. Die vom Departement Uvek in eine Konsultation geschickten Schwerpunkte betrafen die folgenden fünf Gebiete: Waldfläche bzw. -verteilung, Waldschutz, Schutzwald, Artenvielfalt von Flora und Fauna sowie Steigerung der Holznutzung.

Dank Lothar, der die Mängel in der Waldwirtschaft sehr deutlich werden liess, konnten wir dem Departement aufzeigen, dass die Auflistung der Schwerpunkte und der wichtigsten Massnahmen nicht genügte, sondern dass ein eigentliches Waldprogramm Schweiz (WAP-CH) erstellt werden musste, ein so genanntes «national forest program», wie es in Konsequenz des Erdgipfels in Rio de Janeiro 1991 auf der ganzen Welt zu erstellen war.

Dieses Programm wurde zum grössten partizipativen Prozess, den es in der Waldwirtschaft je gegeben hat. Unter Einbezug aller in Waldfragen interessierten Akteure und dank

der Organisation von Waldgipfeln durch den Schweizerischen Forstverein arbeiteten zeitweise mehrere hundert Fachleute an diesem Programm. Die wichtigsten Resultate dieses Prozesses waren:

- Die Entwicklung des Konzepts der Vorrangflächen. Dabei geht es insbesondere um die Sicherung von Leistungen, die der Allgemeinheit zugute kommen (der Bund muss sich vorwiegend für den Schutzwald und die Waldbiodiversität einsetzen).
- Die Holzproduktion wird aufrechterhalten und gestärkt durch bessere Rahmenbedingungen für die Waldbewirtschaftler. Die Wertschöpfungskette Holz wird gestärkt und die Effizienz der Bewirtschaftung gesteigert.

Das «Waldprogramm Schweiz (WAP-CH): Handlungsprogramm 2004–2015» wurde mittels einer Medienkonferenz am 26. Januar 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt. Es ist ein ausgezeichnetes Programm; obwohl es im ersten Moment umstritten war, stellte sich die Mehrheit der Verbände und Organisationen je länger je stärker dahinter. Im Ausland (insbesondere Österreich) galt es als das Vorbild für ihr nationales Waldprogramm.

Das WAP-CH dürfte noch jahrelang als Leitfaden für die Waldpolitik dienen, wobei zwei Dinge ganz wesentlich sind: In etwa vier Jahren braucht es eine Zwischenevaluation und bis spätestens 2015 muss das WAP-CH aktualisiert werden.

Ab 2004 begannen die Arbeiten zur Teilrevision des Waldgesetzes. Basierend auf der Grundlage des Waldprogramms Schweiz wurde amtsintern ein Gesetzesentwurf erarbeitet. Absolutes Novum dabei war: der Bundesrat schickte den Vorschlag erst im dritten Anlauf in die Vernehmlassung, und zwar erst nachdem er einen detaillierten Zusatzbericht erhalten hatte, welcher die Folgen aufzeigte, falls es im Schweizer Wald weder Vorschriften noch Subventionen gäbe. Das Vernehmlassungsergebnis war aufgrund unterschiedlicher ökonomischer und ökologischer Interessen sehr widersprüchlich. Ein walddpolitischer Erfolg war jedoch die Tatsache, dass sich der Grossteil der Vernehmlasser geschlossen hinter das Waldprogramm stellte und die vollständige Umsetzung dieses Programms forderte, was der Bundesrat in der Vernehmlassungsversion noch verhindert hatte.

Im Juli 2006 entschied der Bundesrat, die Teilrevision WaG der Volksinitiative «Rettet den Schweizer Wald» als indirekten Gegenentwurf gegenüberzustellen und beendete (vorderhand) den Zickzackkurs, den er mit der Revisionsvorlage durchführte. Gegenwärtig steht das Projekt vor der Einreichung beim Bundesrat; es wird die Bundesverwaltung aber sicher noch drei Jahre intensiv beschäftigen.

2.4.2 Gesamtschweizerische Vollzugshilfen

Minimale Schutzwaldpflege – NaiS – Silvaprotect

Im Waldgesetz von 1991 findet sich die Formulierung, «wo es die Schutzfunktion erfordert, stellen die Kantone eine minimale Pflege des Waldes sicher». Ich weiss es nicht genau, aber man sagt, diese Formulierung sei das Verdienst meines Vorgängers Maurice de Coulon. Dies war bzw. ist eine fast visionäre Formulierung, denn bei Inkrafttreten des WaG wusste in der Forstdirektion niemand so genau, was minimale Pflege wirklich bedeutet.

Nach vielen Diskussionen mit den gescheiterten Köpfen legten wir unser Wissen dann zuerst in einem Kreisschreiben fest. Aber wie das so ist, Lesen gehört nicht zu den Hauptaufgaben des Försters. Etwa zwei Jahre später wollte ich wissen, wie die minimale Pflege im Gelände umgesetzt wird und war deshalb mit einem Kantonsförster unterwegs. Ein Kreisförster erklärte uns in einem Steilhang detailliert, welche Bäume er als minimale Pflegemassnahme anzeichnen würde. Es war kalt, vom

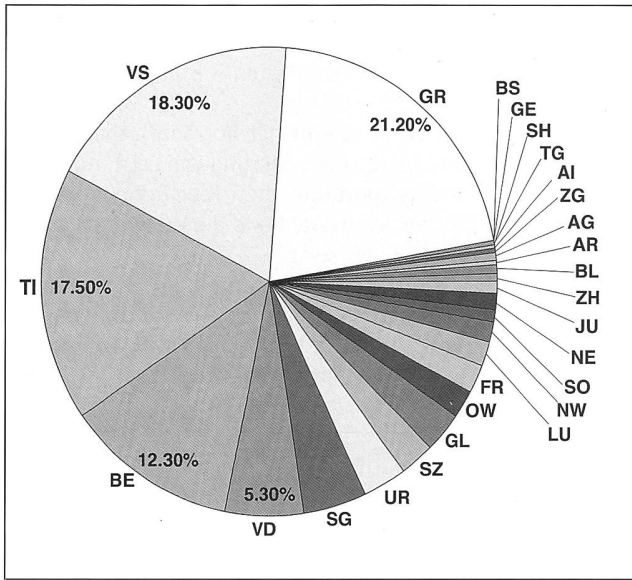


Abbildung 5: Silvaprotect: Schutzwaldindex.

gezeigt habe. Für gewöhnliche Pflege müsse er überlegen, ob er noch mehr anzeichnen könne, ... eine andere Lösung gebe es nicht. Für den Kantonsförster und mich war das gewöhnliche Wertholzdurchforstung. Meine Lehre war, dass es sehr lange dauert, bis neue Ideen wirklich auch in der Praxis umgesetzt werden.

Die schweizerische Gebirgswaldgruppe (GWG) erarbeitete dann in unserem Auftrag den 1996 als Wegleitung erschiene Ordner «Minimale Pflegemassnahmen für Wälder mit Schutzfunktion» Diese Publikation stellte einen Meilenstein in der Gebirgswaldpflege dar, nicht zuletzt auch darum, weil sie von und mit der Praxis erarbeitet und in vielen GWG-Kursen erprobt worden war. Die Wegleitung fand rasch Akzeptanz und wurde auch im Ausland berühmt. Man könnte auch sagen, ein absolut gelungener Prototyp, praktisch ohne Kinderkrankheiten. Neun Jahre später konnten wir die zweite, verbesserte und z.B. um die Jurawälder erweiterte Auflage herausgeben. Sie stellt ein derart gutes und effizientes Instrument zur Schutzwaldpflege dar, dass wir ihre Anwendung ab 2008 mit der Einführung der NFA zur Subventionsvoraussetzung erklären konnten.

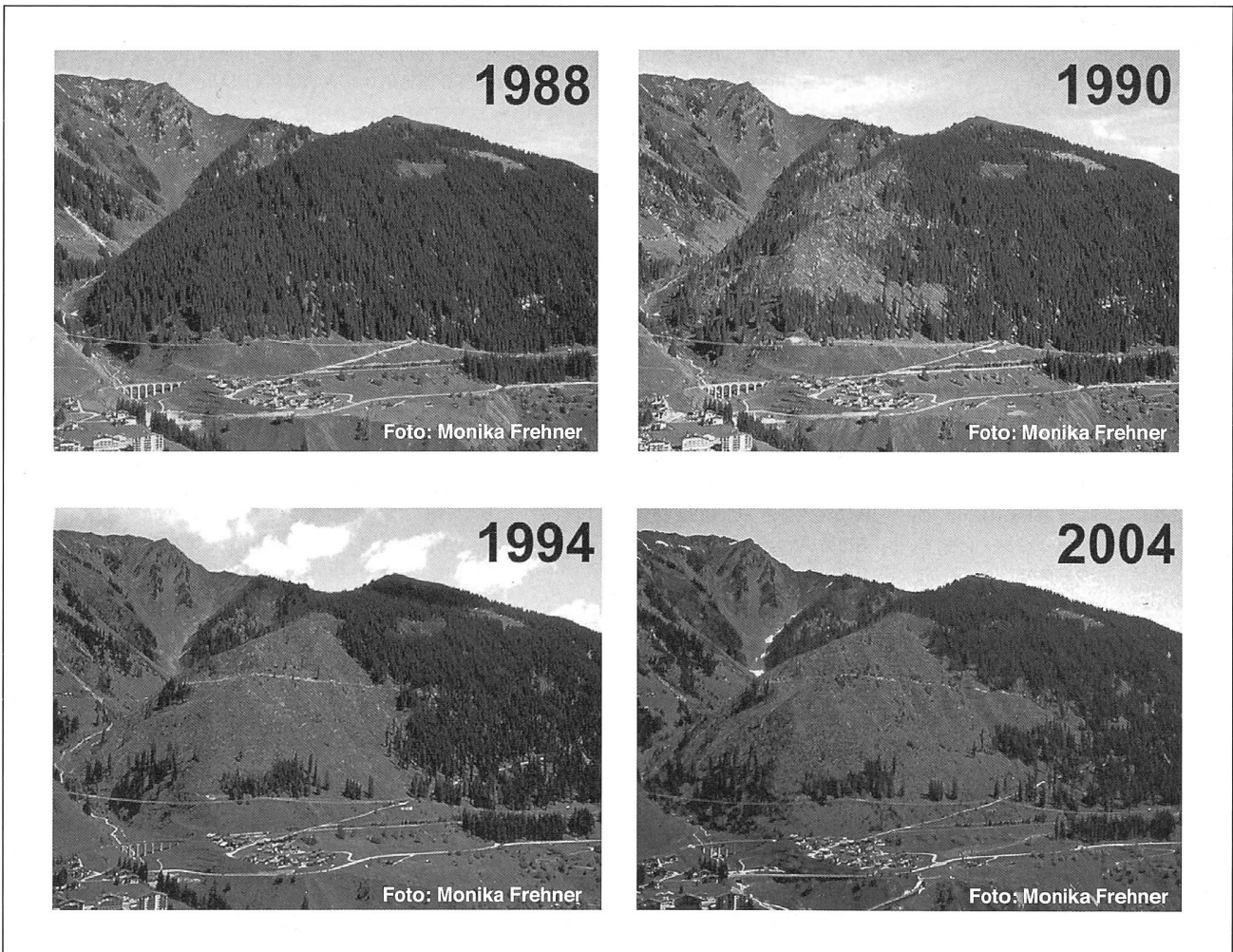


Abbildung 6: Schutzwald Sedrun 1988, 1990, 1994 und 2004.

immer im Büro sitzen war ich nicht an tiefe Temperaturen gewöhnt und fro. Als der Kreisförster endlich mit den Erklärungen fertig war, sagte ich: «Danke, das war sehr instruktiv. Wenn das alles minimale Pflege ist, was wäre dann konkret normale bzw. optimale Pflege?» Da schaute mich der Kreisförster an, schüttelte bedächtig den Kopf ob der unmöglichen Frage, sagte zuerst nichts und dann: Minimale Pflege oder was immer die in Bern da wollten, sei genau das, was er uns soeben

Nächster Schritt im ganzen Schutzwaldprozess war das Projekt Silvaprotect. Als der Bund anfangs der 1990er Jahre verbindliche Kriterien für die Ausscheidung der Schutzwaldfläche erlassen wollte, sprachen sich die Kantone klar dagegen aus. Das sei ihre Aufgabe. Der Bund habe zudem keine Kompetenz dazu. Als dann in den letzten Jahren die Subventionen auch für den Schutzwald immer knapper wurden, verlangten die Kantone plötzlich eine nach ge-

samtschweizerisch einheitlichen Kriterien vorgenommene Schutzwaldausscheidung. Auch dieser Prozess neigt sich dem Ende zu. Von den Resultaten ist der in *Abbildung 5* dargestellte Schutzwaldindex von besonderer Bedeutung: Erstmals liegt damit ein objektivierter Verteilschlüssel für die Schutzwaldsubventionen vor. Die Tatsache, dass fünf Kantone über 75 % des gesamten Schutzwaldareals verfügen, muss als Grundlage für künftige politische Aktivitäten herangezogen werden. Was noch fehlt, ist die Weiterentwicklung des Index zu Flächenangaben. Dabei braucht es politische Entscheide, z. B. welches Schadenpotenzial anerkannt werden soll.

Eine Art Zwischenbilanz zum Schutzwaldprozess möchte ich anhand des Schutzwaldes von Sedrun in den Jahren 1988, 1990, 1994 und 2004 vornehmen (vgl. *Abbildung 6*). Im Jahre 1988 war der Schutzwald noch geschlossen. Vivian zerstörte 1990 einen grossen Teil des Schutzwaldes, und in der Folge vergrösserte der Borkenkäfer die Schadenfläche massiv. Die Wiederherstellung dieses Schutzwaldes ist noch nicht abgeschlossen; sie hat grosse Summen Geld verschlungen. Mit gleich viel Geld hätte man diesen Schutzwald während 300 Jahren fachgerecht pflegen können. Wäre der Schutzwald beim Sturm Vivian optimal gepflegt gewesen, wären die Schäden vielleicht halb so gross gewesen. Das hätte zwar immer noch 150 Jahre Pflege verschlungen, mit dem eingesparten Geld für die restlichen 150 Jahre hätten aber andere Schutzwälder gepflegt werden können. Damit möchte ich zeigen, dass wir uns eine Vernachlässigung der Schutzwaldpflege nicht leisten können. Je früher wir die Schutzwälder optimal pflegen, umso besser bezahlt macht sich diese Vorsorge.

2.4.3 Bundesprogramme

Zu den «Bundesprogrammen» gehört alles, was mit Holzförderung zu tun hat.

a) Holz2000 – holz21 – Aktionsplan Holz

Dass heute der Bau- und Werkstoff Holz wieder einen Aufschwung erlebt, hat sicher mit externen Faktoren wie dem Preisanstieg für fossile Energie zu tun, ist aber auch ein Resultat der unermüdlichen Anstrengungen der Forstdirektion zusammen mit der Branche. Begonnen hat alles bereits kurz vor Lothar mit dem Aktionsprogramm Holz2000: Ziele waren die Kommunikation der technischen, ökologischen und ästhetischen Qualitäten von Holz und als thematische Schwerpunkte wurden festgelegt: Leistungsfähigkeit des Holzes verankern, Qualität sichern, Expo 02 nutzen, Zukunftssiedlung erstellen und Kultur mit dem Alltag verbinden. Im Förderprogramm holz21, das noch bis Ende 2007 läuft, wurden die thematischen Schwerpunkte neu ausgerichtet; nämlich Holzernte und Logistik, Unternehmenskooperationen, technische Innovation (Brandsicherheit und Schallschutz), Kampagnen (Infokampagne Holz und Holzenergie) sowie Aufbruch zu neuen Horizonten. Auch hier sind Leistungsausweis und Resultate beachtlich (vgl. dazu im Internet).

Ende 2005 setzten wir einen weiteren Schwerpunkt in diesem Prozess und entwickelten quasi in Analogie zum Waldprogramm den so genannten «Aktionsplan Schweizer Holz». Hier geht es darum, die Holzförderung aus ökonomischer Sicht zu analysieren, das Programm holz21 zu evaluieren und bis 2007 eine umfassende Ressourcenpolitik Holz zu konzipieren. Das Projekt läuft gut und man kann auf die Resultate gespannt sein.

b) Forstliche Bildung/Arbeitssicherheit

Wer in einer Branche wirklich etwas bewegen will, muss sich zwangsläufig mit der Bildung befassen. Aufgrund der zu niedrigen

Umsatzzahlen und, weil auch ein starker Branchenverband fehlte, musste der Bund diese Aufgabe schon sehr früh übernehmen. Er hat sie so entwickelt, dass gegenwärtig eine klare Aufgabenteilung mit dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) besteht. Meilensteine waren etwa folgende:

- Gründung der Koordinations- und Dokumentationsstelle Codoc 1993;
- Aufwertung des Försters zum Förster HF;
- Einführung der Modularisierung ab 1998;
- Der Forstwirtschaftslehrgang an der SHL Zollikofen, wo wir koordinierend tätig waren;
- Anpassung der Wählbarkeit;
- Anstrengungen zur Arbeitssicherheit und anderem zusammen mit der Suva.

2.4.4 Monitoring

Das mit Abstand wichtigste und grundlegende Instrument des Monitorings im Wald ist das Landesforstinventar. Seriöse Waldpolitik muss sich auf verlässliche Zahlen abstützen, die periodisch erhoben werden. So können nicht nur der Zustand, sondern auch die Entwicklung des Schweizer Waldes in seiner Gesamtheit beschrieben werden. Die bisher wichtigste Phase war die Auswertung des LFI II und damit die erste Beurteilung der Entwicklung zwischen LFI I und LFI II, publiziert im Jahre 1998. Die Auswertung des LFI III beginnt ab 2007 und wird eine zentrale Basis für die Weiterentwicklung des WAP-CH darstellen. Und noch ein Entscheid konnte erst kürzlich unter den Fachleuten von WSL und Bafu gefällt werden, nämlich der Übergang von der periodischen zur permanenten Inventur nach Abschluss des LFI III. Eine permanente Inventur hat für die finanzielle Planung grosse Vorteile und ermöglicht die Festlegung des Auswertungszeitpunktes in Abhängigkeit von der politischen Notwendigkeit.

Es ist zu hoffen, dass die Direktionen von WSL und Bafu diese Neuorientierung spätestens Anfangs 2007 verbindlich festlegen.

2.5 Weitere Prozesse

2.5.1 Internationale walddpolitische Prozesse

Eine typische Bundesaufgabe, die nie durch die Kantone wahrgenommen werden kann, ist die Vertretung der Interessen der Schweiz in internationalen Prozessen. Was für die Kantone der Bund, ist für den Bund die internationale Gemeinschaft. «Eingestiegen» bin ich hier anfangs der 1990er Jahre bei der Alpenkonvention bzw. dem für den Wald zentralen Ausführungsprotokoll, dem sogenannten Bergwaldprotokoll. Die Schweiz mit ihren breiten geografischen, topografischen und sprachlichen bzw. multikulturellen Erfahrungen in allen Gebirgsfragen konnte sehr viel in diesen Prozess einbringen und war, bzw. ist zusammen mit der Abteilung Internationales im Bafu, immer wieder ein gern gesehener vermittelnder Verhandlungspartner selbst in globalen Prozessen.

Mit der Ratifizierung der Umweltkonventionen und der Teilnahme an multilateralen Prozessen wie dem UN-Waldforum oder der Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa ist die Schweiz eine Reihe von internationalen Verpflichtungen eingegangen, welche national umzusetzen sind.

Bei der Wahrnehmung der Interessen der Schweiz geht es um die Frage, welches die Interessen unserer Wald- und Holzwirtschaft sind, und wie sich diese schützen lassen. So macht es z.B. sehr viel Sinn, im Rahmen der Verhandlungen für die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls einen aktiven Beitrag zum Thema «Anrechnung der Holzprodukte» zu leisten. Das hat der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Motion von Ständerat Hess ja auch zugesichert.

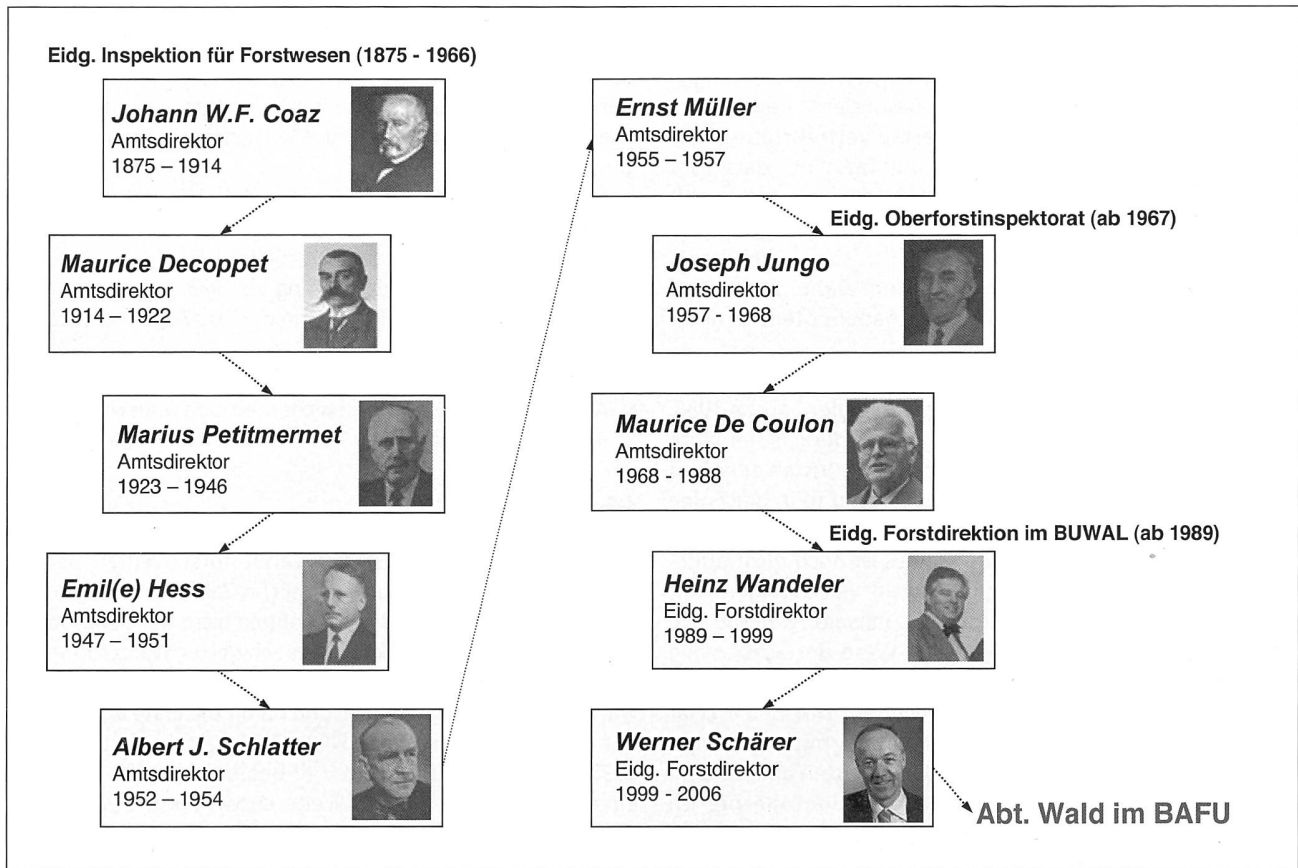


Abbildung 7: Forsthistorischer Exkurs – die zehn höchsten Förster der Schweiz.

Wesentlich ist aber auch der Austausch von Erfahrungen: Probleme, die bei uns einer Lösung harren, treten auch in anderen Ländern auf. Dazu gehört der Grundwasserschutz im Wald, der Beitrag der Wald- und Holzwirtschaft zum Klimaschutz mittels CO₂-Senken und Substitution oder – ganz aktuell – die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen und ob mit oder ohne staatliche Interventionen die Holzmobilisierung erreicht werden kann.

Die Schweiz ist auch deshalb in internationalen Prozessen ein gern gesehener Partner, weil der Waldbereich seine Erfahrungen und wissenschaftlich-praktischen Erkenntnisse immer wieder publiziert. Verschiedene dieser Publikationen sind von der FAO ins Englische oder bei speziellem Bedarf auch in andere Sprachen übersetzt worden (z. B. das Waldschadenhandbuch 1996).

2.5.2 Reorganisationen in der Bundesverwaltung

Allein zu Reorganisationen in der Bundesverwaltung könnte sehr viel festgehalten werden, gab es doch etliche Effizienzüberprüfungen, Anstösse zu Regierungsreformen und Reorganisationen auf allen Stufen: gesamte Bundesverwaltung, Departement und Amt.

Blättert man in der Geschichte zurück, fällt die grosse Konstanz seit 1875 während über 100 Jahren auf und der immer raschere Wandel in den letzten rund 20 Jahren (vgl. *Abbildung 7*).

In den vergangenen 16 Jahren habe ich die Auswirkungen der Auflösung des Bundesamtes für Forstwesen und Landschaftsschutz bzw. jene des Zusammenschlusses mit dem Bundesamt für Umweltschutz zum Buwal miterlebt. Dann gehörte dieses Amt zum Eidgenössischen Departement des Innern, anschliessend wechselte es ins Umwelt-, Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement. In dieser Zeit habe ich die drei Bundesräte Flavio Cotti, Ruth Dreyfuss und Moritz Leuenberger als oberste politische Waldhüter mehr oder weniger intensiv

gespürt. Ich selbst habe 1990 als Chef der Abteilung Walderhaltung und Jagd in der Eidgenössischen Forstdirektion begonnen, wurde 1996 stellvertretender Eidgenössischer Forstdirektor und 1999 Eidgenössischer Forstdirektor. 2004 fiel der Zusatz «Eidgenössischer» weg und seit 2006 lautet die Bezeichnung «Abteilungschef Wald».

Wenn ich alle die Reorganisationen Revue passieren lasse, gibt es aus meiner Erfahrung sechs Faktoren, die in unterschiedlicher Kombination und in unterschiedlichem Mass ausschlaggebend sind. Es sind dies einerseits eine neue Strategie / Philosophie, die Anpassung an Kundenbedürfnisse und die Umsetzung von Sparmassnahmen. Diese drei Faktoren werden in der Regel offen kommuniziert. Andererseits geht es fast immer auch um Macht, das Aufheben von Traditionen und um die Anpassung der Organisation an Personen, insbesondere an das Kader. Diese drei Faktoren werden kaum offen kommuniziert.

3. Sieben Denkanstösse für die Zukunft

Die Zukunft kann und will ich nicht vorhersagen. Sie hat jedoch eigentlich bereits begonnen: Die einsetzende wirtschaftliche Dynamik auf dem Schnittholz- und Energieholzmarkt dürfte vermehrt zu Nutzungskonflikten führen. Abstimmung der Nutzungen und Mediation zwischen den Nutzern dürfte zu einer Kernaufgabe der Abteilung Wald bzw. des Bafu werden.

Gerne präsentiere ich hier meine eigenen Lehren aus den vergangenen 16 Jahren in Form von Denkanstössen. Wie aus *Abbildung 8* ersichtlich ist, geht es künftig darum, die vielen Prozesse zu bündeln und gemeinsam voranzutreiben. Dabei soll es nur noch folgende fünf Hauptprozesse geben: Finanzprozess, Umsetzung WAP-CH inklusive Evaluation, Revision WaG, Aktionspläne und Monitoring.

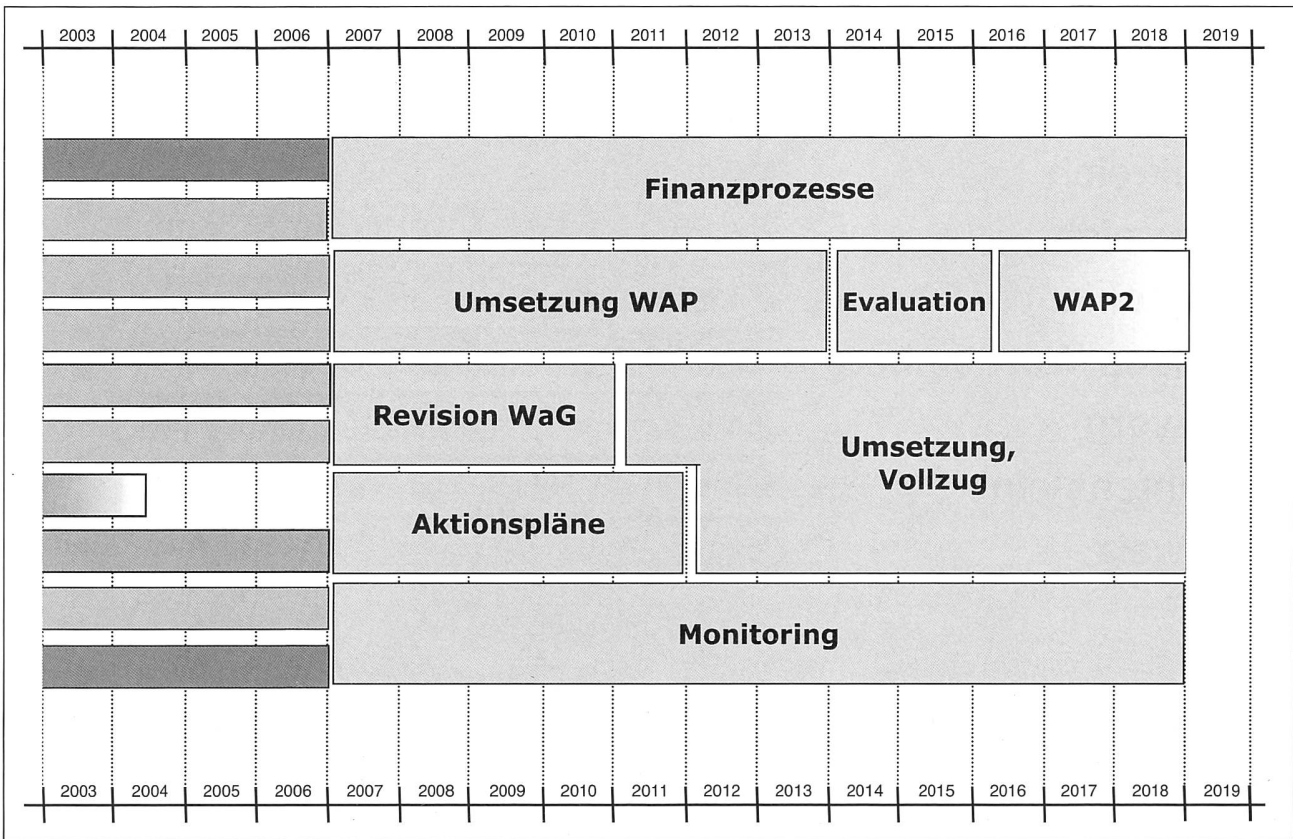


Abbildung 8: Die Prozesse im Überblick.

Was das Bafu unbedingt verhindern muss und kann, wäre ein weiteres Sparpaket im Wald. Damit das gelingt, müssen die Abteilungen Wald und Gefahrenprävention gemeinsam die Umsetzung des integralen Risikomanagements mit aller Kraft vorantreiben. Sie müssen der Öffentlichkeit bzw. der Politik deutlich und mit aller Konsequenz immer wieder klar machen, dass es zur Verbesserung der Prävention und zum Schliessen der Pflegerückstände im Schutzwald einen Investitionsschub braucht. Gleichzeitig ist aufzuzeigen, dass der Wald nicht immer mehr finanzielle Mittel benötigt. Dass er aber, wenn die Rückstände jetzt nicht aufgeholt werden, für die nächste Generation eine nicht mehr tragbare finanzielle Last sein wird. Die Zahlen und Daten, die dies alles belegen, liegen dank Silvaproject, LFI und weiteren Resultaten aus unseren Prozessen in genügender Genauigkeit vor. Was dies konkret heisst, soll unter a) bis g) zusammengefasst werden.

a) Die Waldpolitik muss sich zu klareren Aussagen durchringen

Heute fehlen verschiedentlich klare Ziele, die es für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Politik unbedingt braucht. Z.B. muss das Prinzip der Vorrangfunktion breiter verankert, aber auch präzisiert werden. Für mich persönlich habe ich die 40-40-15-5er-Regel gebildet, was bedeutet, dass je auf 40 % der Waldfläche die Schutzleistung und die Nutzfunktion Vorrang haben, auf 15 % ist es die Biodiversität und auf 5 % die Erholungsleistung (vgl. *Abbildung 9*).

Der Grundsatz der Nachhaltigkeit muss in den Dimensionen ökonomisch, ökologisch und sozial noch weiter präzisiert werden. Beispielsweise fehlen im ökonomischen Teil – d.h. für den Wald mit Vorrangfunktion Holznutzung – Aussagen zu den Zielvorräten pro Standorttyp. Hier hat das Bafu eine wichtige Aufgabe, insbesondere auch, weil mit gewissen Entscheidungen in der Klimapolitik bezüglich Anrechnung der Senken im Wald Widersprüche bestehen. Meine Lösung ginge, wie in

Abbildung 10 dargestellt, von einem Zielvorrat von 340 m³/ha aus, was einem Abbaupotenzial von etwa 15 % entspräche (genaue Zahlen wird das LFI III in Kürze liefern).

Oft können solche Aussagen nicht gemacht werden, weil die entsprechenden Grundlagen für eine sichere Aussage fehlen und zum Teil auch der Mut fehlt. Um diesem Mangel Abhilfe zu verschaffen, muss in Zukunft auch die Forschungstätigkeit konkreter auf die walddpolitischen Fragestellungen ausgerichtet sein. Hier macht mir z. B. die Entwicklung an der WSL Sorgen: In einer Zeit, da praktische Daten im Waldwirtschaftsbereich hohe Relevanz erhalten, soll die entsprechende Forschungseinheit an der WSL aufgehoben werden.

b) Genügende Finanzierung für die Service-public-Leistungen des Waldes erzwingen (vgl. dazu vorne, integrales Risikomanagement und Beispiel Sedrun)

Ab dem Jahr 2007 wird es erstmals möglich sein, den Handlungsbedarf im Schutzwald in Franken auszudrücken. Dann müssen auch die Konsequenzen des zunehmenden Risikos be-

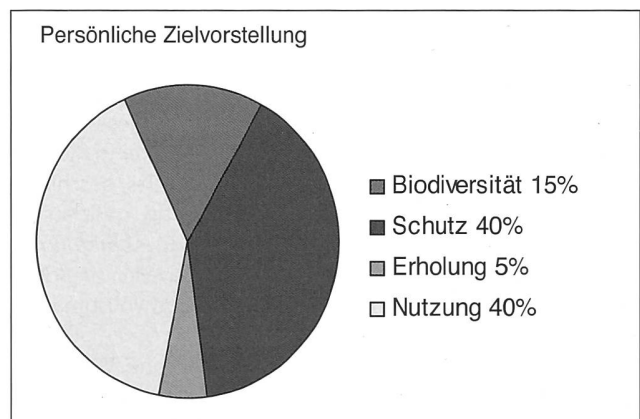


Abbildung 9: Vorrangfunktionen im Schweizer Wald.

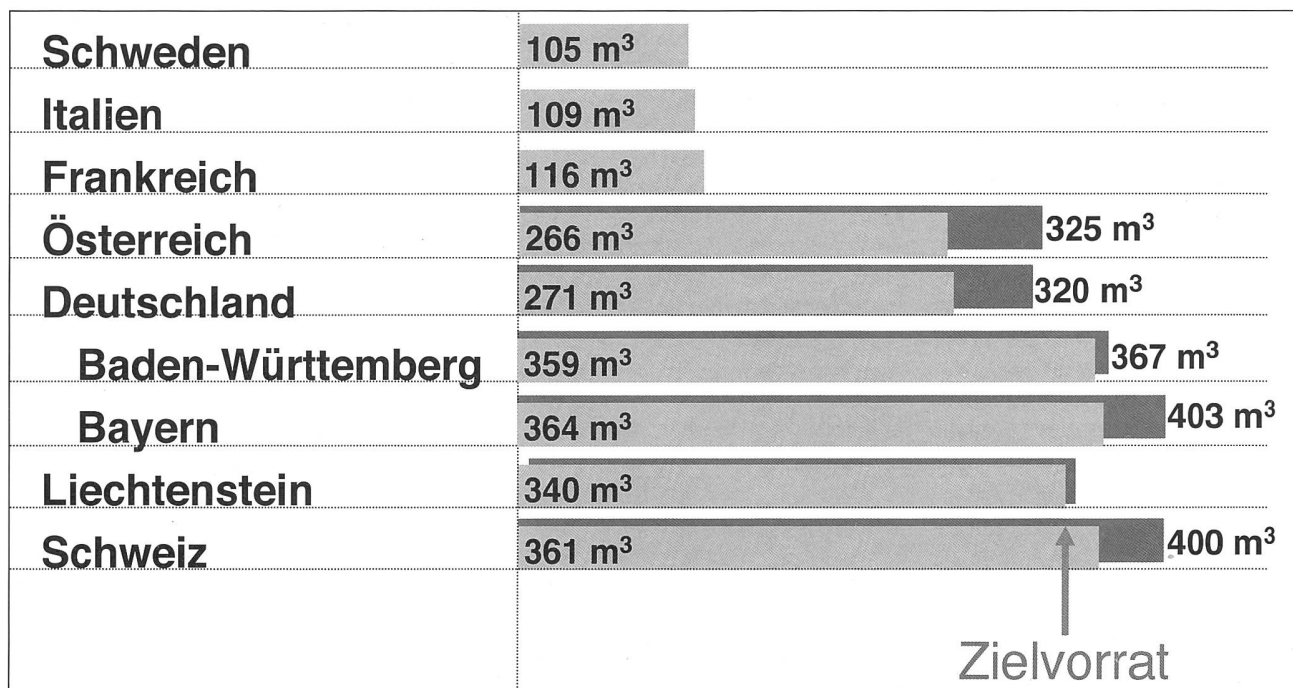


Abbildung 10: Holzvorräte pro ha 1995 und heute (Schätzung).

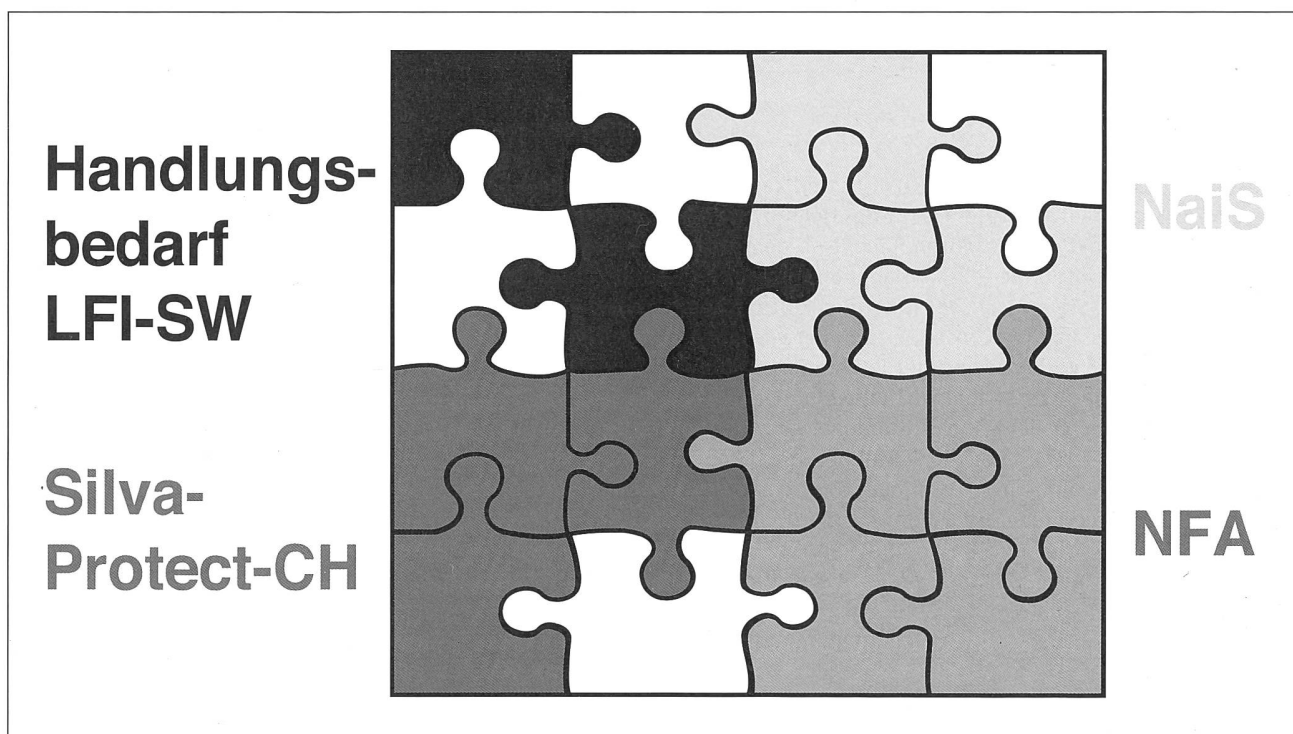


Abbildung 11: Pareto-Prinzip als Handlungsmaxime.

züglich Todesfälle, Verunfallte und Sachschäden infolge fehlender Waldpflege offen gelegt werden, und zwar abgestuft nach Höhe der bewilligten Bundesmittel. Mit diesen Daten müssen die Medien breit beliefert und die Politiker in die Verantwortung einbezogen werden. Je früher das geschieht, desto besser; es braucht keine 100-prozentig gesicherten Daten, eine 80-prozentige Genauigkeit genügt. *Abbildung 11* zeigt schematisch das Ineinandergreifen der vier entscheidenden Prozesse und dass damit ein genügend vollständiges Bild vorliegt.

Unabhängigbar ist aber die Mithilfe aller Kantone. Wenn z. B. nur die Bündner mit ihren eindrücklichen Beispielen (Schutzwald Sedrun) kommen, genügt das in der Politik nicht. Jeder Gebirgskanton, zumindest aber die fünf Kantone, die zusam-

men über 75 % des Schutzwaldes verfügen, müssen ihre Beispiele publik machen. Nur auf dieser Basis kann der Bund glaubwürdig seine Bedürfnisse anmelden.

c) Nächste Sturmkatastrophe vorbereiten

Für die Bewältigung der nächsten Sturmkatastrophe – sie kommt schneller als uns lieb ist – benötigt das Bafu eine im Voraus festgelegte Krisenorganisation. Diese braucht, unabhängig von Prestigedenken und unter Auslassung gewisser bestehender Hierarchiestufen, einen möglichst grossen Entscheidungsspielraum. Das Nebeneinander von Normalorganisation und Krisenorganisation muss ebenfalls im Voraus festgelegt werden. Ein entsprechendes Projekt läuft zwar immer noch, aber durch den Personalabbau gemäss Entlastungspro-



Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des Eidg. Departements des Innern (EDI) und Nicolas Bideau, Filmchef, Bundesamt für Kultur (BAK) am Filmfestival Locarno, 2006



Bundesrat X, Vorsteher des Eidg. Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und Y, Walddelegierter am Waldgipfel in Z, 2010

Abbildung 12: Identifikationsfigur Wald schaffen.

gramm 03 und die zunehmende «Veradministrierung» im Bafu fehlen die Ressourcen dazu. Deshalb läuft leider auch dieses ganz wichtige Projekt, wenn überhaupt, nur noch auf Sparflamme.

In schlechter Erinnerung ist mir der «Borkenkäferkrieg» nach Lothar an der Grenze zwischen den Kantonen Bern und Luzern im Emmental und Entlebuch; so etwas darf nicht mehr passieren. Sind Politik und Krisenorganisation geklärt, kann der Bund ein Eskalieren eines Konfliktes verhindern, weil auch die nötige Rückendeckung für das Handeln der Fachinstanzen vorhanden ist.

d) Neue Formen der Zusammenarbeit schaffen und unterhalten

Damit die hohen Anforderungen an die Leistungen des Waldes erfüllt werden können, und verstärkt durch den Spardruck der öffentlichen Hand, wird es immer notwendiger, dass alle am Wald interessierten Kreise koordiniert zusammenarbeiten. Ein auf hoher strategischer Ebene angesiedeltes Gremium könnte das Uvek in walddpolitischen Fragen beraten und dazu beitragen, die Waldpolitik des Bundes in der Gesellschaft besser zu verankern. Ein erfolgreiches Beispiel für ein solches Gremium war das Waldforum, das 2002/2003 den WAP-CH-Prozess begleitete. Der laufende Auftrag, die Notwendigkeit der ausserparlamentarischen Kommissionen zu überprüfen, kann den Anstoss geben, dass die verschiedenen Gremien zum Thema Wald und Holz in einer Plattform Wald zusammengeführt werden.

Die Vorzeichen für eine derartige Lösung stehen gut: Erstens gibt es im Naturgefahrenbereich mit der Planat, der Plattform Naturgefahren, einer vom BR gewählten ausserparlamentarischen Kommission, ein sehr gutes Vorbild. Zweitens ist Vizedirektor A. Götz ein idealer Fürsprecher für diese Idee. Im Gegenzug könnten alle Kommissionen im Bildungsbereich aufgelöst bzw. zusammengefasst und als Aus-

schuss innerhalb der grossen Plattform weitergeführt werden.

e) Identifikationsfigur Wald schaffen

Jede in der Öffentlichkeit wichtige Disziplin braucht eine Art Integrationsfigur bzw. einen Kopf, der diese Disziplin verkörpert. Dies gilt auch für den Wald. Der Zufall oder besser gesagt Lothar wollte es, dass ich quasi über Nacht zu dieser Figur wurde. Hat man in den Medien einmal eine gewisse Bekanntheit und einen guten Namen, so hilft das bei der Weiterentwicklung einer Politik bzw. zur Unterstützung der eigenen Ziele.

Der Schweizer Wald braucht auch in Zukunft eine Identifikationsfigur, jemanden der genügend Zeit und Kapazität aufbringen kann, sich immer wieder in den Medien für den Wald einzusetzen und der glaubwürdig auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht. Dies ist idealerweise eine Person mit einem entsprechenden Titel. Wenn es kein Forstfachmann ist, ist es umso wichtiger, dass er über ein grosses Netzwerk verfügt und von den Forstkreisen anerkannt wird. Dazu ein Beispiel: Das Bundesamt für Kultur hat den «Filmchef» geschaffen, der im Range eines Sektionschefs zusammen mit dem Bundesrat auftritt, um dem Filmschaffen in der Schweiz eine Identität zu geben. *Abbildung 12* zeigt diese Figur, und ich wünsche sie mir auch wieder für den Wald.

Denkbar wäre auch ein Delegierter des Bundes für den Wald, der ausserhalb der Bafu-Hierarchie steht. Dass es eine solche Figur gibt, ist auch deshalb so wichtig, weil der Forstdienst ein hierarchisches System ist, das eine fachlich starke und kompetente Spitze braucht.

f) Kommunikation und Beratung verstärken

Die Volksinitiative «Rettet den Schweizer Wald» ist für die Waldpolitik die grösste Chance seit dem Waldsterben, weil sie dazu führt, dass sich die Bevölkerung aktiv mit dem

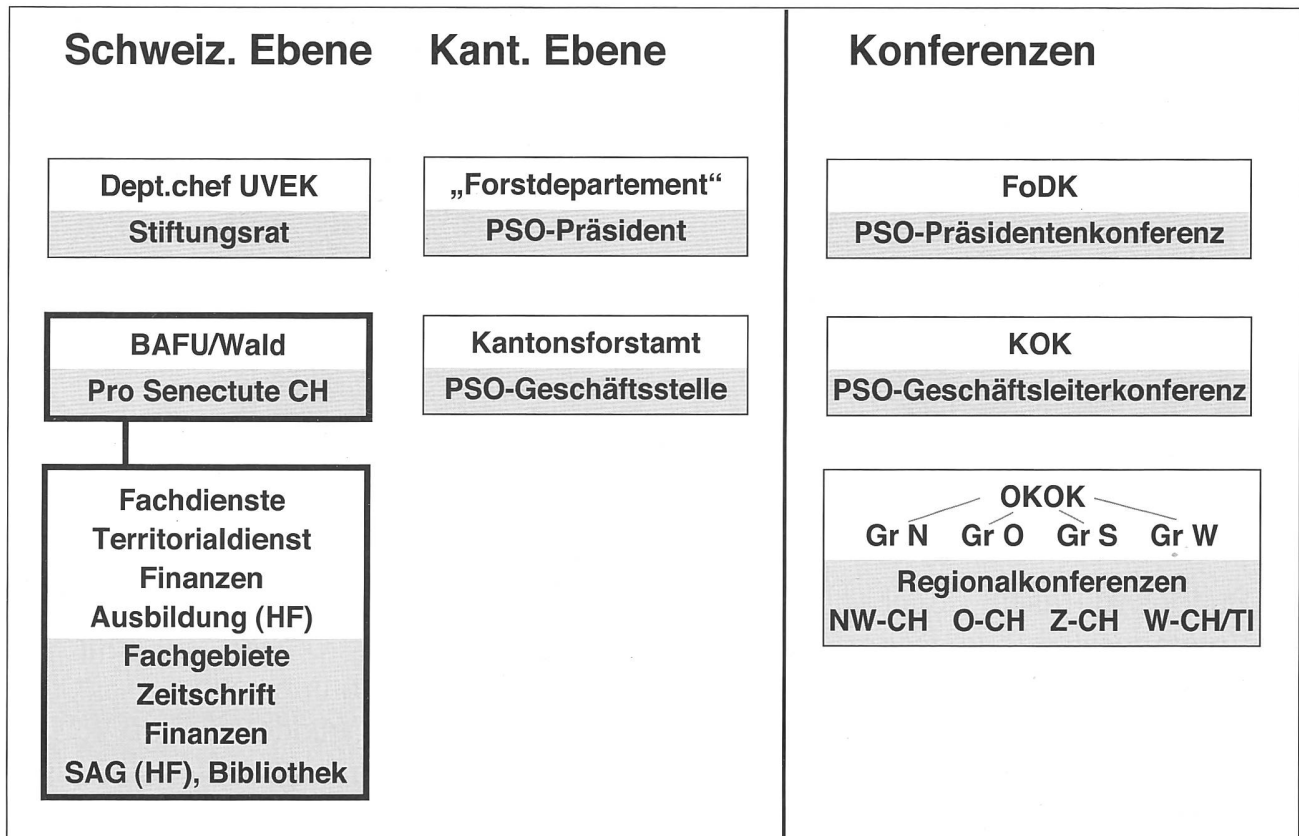


Abbildung 13: Organisation Wald – Pro Senectute.

Thema Wald auseinandersetzt. Sie trägt aber auch die grössten Risiken in sich: Der polemische, aber geschickt gewählte Titel der Initiative kann dazu führen, dass alle rationalen Überlegungen emotional überlagert werden. Für das Bafu ist das eine riesige kommunikative Herausforderung, und die Gunst der Stunde muss für den Wald genutzt werden. Bevölkerung und Parlamentarier müssen durch gute Information überzeugt werden, so dass sie mit der Unterstützung der Teilrevision WaG die beste Lösung für den Schweizer Wald wählen.

Die Kommunikation muss aber auch sonst verstärkt werden. Z. B. muss das Dogma «einen gesunden Baum darf man nicht fällen» endlich überwunden werden. Viele Waldbesitzer meinen immer noch, sie nutzen mehr als der Zuwachs – ein tradiertes Verhalten aus jener Zeit, in welcher die Vorräte im Wald noch viel tiefer waren als heute. Diese Haltung muss einer realistischen Einschätzung weichen.

g) Innovation und Antizipation verstärken

Innovation und Antizipation werden in der Zukunft noch wichtiger. Im Holzbereich ist es uns gelungen, mit den Bundesprogrammen Holz2000, Holz21, Aktionsprogramm Holz die Innovation zu fördern. Ein guter Ansatz ist auch die neuste Bafu-Publikation Lernen von erfolgreichen Forstbetrieben. Was noch fehlt, ist die Innovation und Antizipation in der Zusammenarbeit von Wald und Holz. Ein ganz anderes Beispiel für Innovation wäre die Einführung der Berufsjagd im Schutzwald.

Innovation hat für mich nicht so sehr mit ganz neuen, bahnbrechenden Ideen zu tun, sondern beinhaltet auch die Umsetzung dessen, was man schon lange weiss, aber deshalb nicht tut, weil es unbequem und anstrengend ist. Hier müssen wir uns in der Verwaltung von den Forschern abgrenzen und sagen: Wir wissen so häufig, wie es gehen müsste, also tun wir es doch. Zur Innovation gehören auch das Erkennen von Bedürfnissen und neuen Entwicklungen

in der Gesellschaft und das Vorbereiten, das Antizipieren möglicher Konsequenzen.

4. Schlussgedanken zu Wald und Mensch

Ich wechsele nun vom Thema Wald zum Thema Mensch. Aber nicht zum Thema Mensch ganz allgemein. So wie im Wald das Starkholz ein besonderes Thema ist, sind beim Thema Mensch die älteren Leute – es werden ja immer mehr – ebenfalls ein besonderes Thema, in welchem mein neuer Arbeitgeber, die Pro Senectute, federführend ist; eine traditionelle Organisation, die nächstes Jahr ihr 90-jähriges Jubiläum feiert.

In beiden Themen spielen aber die aktiv tätigen Menschen eine entscheidende Rolle. Wir sind es, die mit unserer Politik und unserem Umgang mit Ressourcen die Lebensbedingungen für den Wald, aber auch für die älteren Menschen prägen. Beim Wald sind es vor allem unsere Kinder und Kindeskinder, die die Auswirkungen unserer Tätigkeiten spüren werden, beim Menschen wird es uns möglicherweise selbst treffen, wenn wir einmal pensioniert sind.

Verantwortung ist somit in beiden Gebieten von zentraler Bedeutung: Hier für unsere Umwelt und insbesondere für den Wald in seiner Gesamtheit zur nachhaltigen Erbringung all seiner Wirkungen. Dort, damit das Wohl und die Würde der Menschen, die älter werden, zumindest erhalten bleiben, eingeschlossen ihre Stellung in der Gesellschaft. Auf einen Nenner gebracht: Der Wald und die Gesellschaft brauchen die «alten Bäume». Ich freue mich auf die grossen Herausforderungen in einem – wie mir mehrere besorgte Forstleute sagten, als sie von meinem Wechsel hörten – eindeutigen Wachstumsmarkt.

Es gibt aber auch organisatorisch Parallelen zwischen der Forstorganisation und derjenigen von Pro Senectute: Beide

haben eine Zentrale, Organisationen auf kantonaler Ebene und Konferenzen auf regionaler, gesamtschweizerischer und auf der politischen Ebene. Auf gesamtschweizerischer Ebene können die Zentralen den kantonalen Organisationen nur bedingt befehlen, sondern müssen hauptsächlich durch Überzeugen wirken. Der Wald und die alten Menschen brauchen nebst den kantonalen Vollzugsorganisationen eine starke Zentrale. Wir haben es in beiden Disziplinen mit einer Verbundaufgabe zu tun. Damit dies funktioniert, muss ein Partner die Führung übernehmen; in vielen Fällen ist das die Zentrale (vgl. *Abbildung 13*).

Eine grosse Herausforderung bei Pro Senectute ist die Umsetzung der NFA und die Anpassung der Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Sozialversicherung. Hier ist die Waldbranche eindeutig weiter vorangeschritten.

Ganz gehe ich dem Wald nicht verloren. Ein kleiner Lehrauftrag in Waldpolitik und Forstrecht an der SHL in Zollikofen «zwingt» mich, à jour zu bleiben. Und ich denke, dass ich die in Bildungsinstitutionen herrschende «Freiheit der Lehre» ganz sicher schätzen werde.

Vor einiger Zeit war ich auf der Suche nach einer Wegkreuzung. Als ich sie gefunden hatte, musste ich mich für einen Weg entscheiden, was ich nach reiflicher Überlegung und vielen Gesprächen dann auch tat.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern, die aktiv im Berufsleben stehen oder im Ruhestand immer noch auf die eine oder andere Art am Schicksal des Waldes teilhaben, die nötige Eingebung, Kraft und Ausdauer, um als eloquente Anwältin des Waldes in möglichst vielen kleinen und grossen Prozessen für den stummen Klienten Wald den Sieg davonzutragen.

Zusammenfassung

Auf Bundesebene hat es seit 1990 mindestens 16 wichtige walddrelevante Prozesse gegeben. Diese Prozesse verliefen über weite Strecken parallel, zum Teil widersprachen sie sich, teilweise ergänzten sie sich und es konnten auch Synergien erreicht werden. Die Prozesse werden in drei Hauptkategorien unterteilt, durch die Natur ausgelöste, durch das Umfeld ausgelöste und durch das Bafu initiierte Prozesse. Sie werden kurz beschrieben und aus einer persönlichen, walddpolitischen Sicht bewertet. Mittels sieben Denkanstössen wird aufgezeigt, was bei der Weiterentwicklung der Waldpolitik des Bundes beachtet werden sollte. Abschliessend wird die schweizerische Forststanzorganisation mit einer anderen föderalistischen Struktur einer NGO verglichen, nämlich der Organisationsstruktur von Pro Senectute, dem neuen Tätigkeitsgebiet des Autors.

Résumé

Politique forestière: 16 ans de processus importants au sein de l'OFEFP/OFEV

Au niveau de la Confédération, il y a eu depuis 1990 au moins 16 processus importants pour les forêts. Ces processus se sont déroulés souvent en parallèle, se sont parfois contredits, parfois complétés et ont aussi permis de créer des synergies. Ils sont subdivisés en trois catégories principales (processus déclenchés par la nature, par le contexte et par l'OFEV). Ils sont brièvement décrits et évalués d'un point de vue personnel sous l'angle de la politique forestière. Les éléments dont il faudrait tenir compte dans le développement de la politique forestière de la Confédération sont présentés par le biais de sept suggestions. L'organisation suisse du service forestier est ensuite comparée à une autre structure fédéraliste, celle d'une ONG, plus précisément celle de Pro Senectute, le nouveau domaine d'activité de l'auteur.

Summary

16 years of processes at the SAEFL / FOEN relevant to forest policy

At the level of the federal government, since 1990 there have been at least 16 important processes relevant to forest policy. These processes mainly ran in parallel, but were in part contradictory, sometimes they were complementary and synergies were also achieved. The processes are divided into three main categories (processes triggered by nature, by the surroundings and self-initiated processes). They are briefly described and evaluated from a personal, forest policy point of view. Seven points for thought are used to show what needs to be taken into account in future national forest policy. Finally the Swiss forest service organisation is compared with another federal structure of an NGO, namely the organisational structure of Pro Senectute, the author's new area of work.

Quellenhinweise

- Biografische Hinweise zu Schweizer Forstleuten von Anton Schuler, Zürich, 2005, unveröffentlicht.
- Bundesgesetz über den Wald vom 4. Oktober 1991 (SR 921.0) sowie weitere walddrelevante Gesetze und Verordnungen.
- Diverse Publikationen des Buwal seit 1990, vgl. dazu www.bafu.admin.ch/publikationen/ (15. Januar 2007).
- Diverse eigene Referate.
- Diverse Publikationen in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, WSL.
- Informationen der Eidgenössischen Forstdirektion zu grösseren Projekten im Internet, z.B. www.holz21.ch; www.holzkurse.ch (15. Januar 2007).
- Keisschreiben der Eidgenössischen Forstdirektion, vgl. dazu www.bafu.admin.ch/wald/01170/01174 (15. Januar 2007).

Dank

Allen, die mich in den vergangenen 16 Jahren immer wieder und auch ich schwierigen Situationen unterstützt haben, sei ganz herzlich gedankt. Nebst den guten Kontakten zur Praxis und zur Wissenschaft, möchte ich besonders hervorheben:

- Meine Mitarbeitenden für die fachliche Unterstützung, das gute menschliche Klima und die Bereitschaft, immer wieder Zusatzliches zu leisten, häufig auch über die offizielle Arbeitszeit hinaus.
- Dem Mediendienst Bafu für das verlässliche Coaching, häufig in Randzeiten und an Wochenenden; es sind ja die Medien, die unseren Fahrplan bestimmen.
- Der Abteilung Recht: Da war ich häufig unbequem. In meinen Anfängen haben wir uns manchmal konkurrenziert, ihr mit euren theoretisch richtigen Ansätzen und ich mit meiner praktischen Erfahrung und dem Beharren auf dem Ausschöpfen der Grauzone. Dann aber entwickelte sich unsere Zusammenarbeit zur Win-Win-Situation. Unsere Diskussionen um komplexe Rechtsfragen und Gesetzesformulierungen gehörten zum Spannensten, was ich erleben durfte.
- Nicht vergessen möchte ich den Übersetzungsdienst: Was ihr für den Wald geleistet habt, kann man kaum mit Worten ausdrücken. Es gab Zeiten, in denen wir vom Wald eure Hauptkunden waren. Ich habe euch manchmal alles andere als beneidet, wenn ich meinen Zeitdruck an euch weitergeben musste.

Autor

WERNER SCHÄRER, ehem. Eidgenössischer Forstdirektor, Bafu; Direktor Pro Senectute Schweiz, Lavaterstrasse 60, 8027 Zürich.